FACHBUCHREIHE
für rechtliche Bildung

Fachkunde für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte

12. Auflage

Lutz
Schöneberger

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL
Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG
Düsselberger Straße 23
42781 Haan-Gruiten

Europa-Nr.: 98913

Autoren:
Dipl.-Kfm., Dipl.-Hdl. Ferdinand Lutz, Rodalben-Neuhof
Petra Schöneberger, Bürovorsteherin, Hornbach

12. Auflage 2014

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da sie bis auf die Behebung von Druckfehlern untereinander unverändert sind.

ISBN 978-3-8085-9649-4

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2014 by Verlag Europa-Lehrmittel, Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG, 42781 Haan-Gruiten
http://www.europa-lehrmittel.de
Umschlaggestaltung, Satz: Satz+Layout Werkstatt Kluth GmbH, 50374 Erftstadt
Druck: Medienhaus Plump GmbH, 53619 Rheinbreitbach

Vorwort

Der vorliegende Band **Fachkunde für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte** gehört zu der vom Verlag Europa-Lehrmittel herausgegebenen Fachbuchreihe **Rechtliche Bildung.**

Das Werk lehnt sich eng an den Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Rechtsanwaltsfachangestellte und an die ReNoPat-AusbV vom 17. Dezember 2008 an. Beide Rechtsverordnungen sind in dem Konzept durch **Lernziele** vereint. Die Schüler werden weder über- noch unterfordert. Um das Ausbildungsziel zu erreichen und damit die Leistung vergleichbar zu machen, sind die Lernziele den einzelnen Lerngebieten vorangestellt.

Die Voranstellung der Lernziele bedeutet für die Schüler eine richtungsweisende Sicherheit, welche Lerninhalte aufzunehmen und zu verarbeiten sind, um die angestrebten Lernziele zu erreichen. Für Lehrer und Ausbilder ist damit die Möglichkeit eröffnet, pädagogische und didaktische Schwerpunkte zu setzen. Nicht die im Rahmenlehrplan formulierten Grobziele sind allein entscheidend, sondern die Schritte zur Erreichung dieser Ziele. Die materielle Substanz wird nach der Voranstellung der Lernziele in dem Informationsteil dargeboten.

Gegenüber den herkömmlichen Lehr- bzw. Lernbüchern liegen **Bedeutung** und **Aktualität** des Konzepts darin, dass **die Lerninhalte schrittweise den Lernzielen entsprechend behandelt** werden. Bezogen auf die Lernziele werden die Lerninhalte systematisch und schülergemäß dargestellt.

Die Bücher zeichnen sich dadurch aus, dass anhand praktischer und praxisnaher Fälle das Erlernte vertieft und angewandt wird, sodass nicht nur „Kenntnis" der Materie besteht, sondern „Beherrschung" des gesamten Stoffes. **Ganzheitliches Lernen** ist das prägende Element des Werkes. Im Mittelpunkt des Ausbildungsbemühens steht der selbstständig denkende und mit **ausreichender Handlungskompetenz** ausgestattete Mitarbeiter des Rechtsanwalts/Notars.

Lehrer und Ausbilder erhalten durch die vorliegenden Bände die zu erreichenden Lernziele der Auszubildenden konzeptionell (systematisch) dargeboten. Damit ist eine enge Verzahnung im Dualen System zwischen Ausbilder und Lehrer geschaffen.

Der vorliegende Band enthält außer den Inhalten des **Verfahrens- und Vollstreckungsrechts auch** die Lerninhalte des Lerngebiets **Rechtspflege.** Die Kenntnis der Personen der Rechtspflege und der Zweige der Gerichtsbarkeit ist zum besseren Verständnis der fachkundlichen Inhalte notwendig.

Die oft schwierigen rechtlichen Tatbestände des Verfahrens- und Vollstreckungsrechts werden durch einfache Merksätze, klare Übersichten und kurze Fallbeispiele transparent und verständlich gemacht. Dabei haben sich die Verfasser bewusst an dem Lern- und Behaltevermögen der Schülerinnen und Schüler orientiert.

Fallgestaltungen mit mustergültigen Schriftsätzen und Aufgaben sind praxisnah und entsprechen den Anforderungen, die bei Prüfungen für Rechtsanwaltsfachangestellte in allen Bundesländern gestellt werden.

Die Verfasser sind sich bewusst, dass dem vorliegenden Band trotz aller Sorgfalt Unrichtigkeiten anhaften können. Sie bitten deshalb Ausbilder, Kollegen und Schüler, das Buch zu prüfen und durch sachliche Kritik zur Verbesserung beizutragen.

Die Verfasser danken dem Verlag für die Ermöglichung des Projekts und die hervorragende Unterstützung.

Rodalben-Neuhof und Hornbach, im Sommer 2008 Die Verfasser

Vorwort zur 11. Auflage

Bei der 11. Auflage wurde der **Stand der Gesetzgebung** bis zum **Winter 2012/2013** berücksichtigt.

Insbesondere ist das

Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung

völlig neu bearbeitet worden.

Diese Neubearbeitung ist notwendig geworden, weil sich seit Erscheinen der 10. Auflage durch die **große Reform des Zwangsvollstreckungsrecht 2013** zahlreiche Änderungen in dem Werk ergeben haben.

Vorwort und Änderungen zur 12. Auflage

Bei der 12. Auflage wurde der **Stand der Gesetzgebung** bis zum **Winter 2014/2015** berücksichtigt.

Insbesondere sind die im **Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung** enthaltenen Eurobeträge bei der **Pfändung von Arbeitseinkommen** auf den **neuesten Stand** der **Gesetzgebung** gebracht worden.

Wir danken allen Schülerinnen und Schülern, den Kolleginnen und Kollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie den Dozenten und Dozentinnen der Fort- und Weiterbildungseinrichtungen für ihre positive Kritik. Für weitere Anregungen und Hinweise sind wir dankbar.

Rodalben-Neuhof und Hornbach, im Winter 2014/2015 Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Lerngebiet I: Recht 15

1 Einführung in das Recht 16
1.1 Begriff und Wesen des Rechts 16
1.1.1 Die Sittlichkeit 16
1.1.2 Die Sitte 16
1.1.3 Änderungen des Rechts 17
1.1.4 Rechtssubjekt – Rechtsobjekt 17
1.1.5 Rechtsnormen 18
1.2 Die Rechtsordnung des Staates . . . 18
1.2.1 Das objektive Recht 18
1.2.2 Das subjektive Recht 18
1.3 Recht und Gerechtigkeit 19

2 Die Gewaltenteilung 21
2.1 Notwendigkeit der Gewaltenteilung 21
2.1.1 Die Staatsgewalt ist dreigeteilt 22
2.1.2 Die Bindung der Staatsorgane 22
2.2 Horizontale und vertikale Gewaltenteilung 22

3 Die Rechtsquellen 24
3.1 Das geschriebene Recht 24
3.1.1 Gesetze 24
3.1.2 Rechtsverordnungen 24
3.1.3 Satzungen 24
3.2 Das Gewohnheitsrecht 25

4 Einteilungen des Rechts 26
4.1 Privatrecht und öffentliches Recht 26
4.1.1 Privatrecht (Zivilrecht, bürgerliches Recht) 26
4.1.2 Das öffentliche Recht 27
4.2 Materielles und formelles Recht . . 28
4.2.1 Materielles Recht 28
4.2.2 Formelles Recht 29
4.3 Zwingendes und nachgiebiges (dispositives) Recht 29
4.3.1 Zwingendes Recht 29
4.3.2 Nachgiebiges (dispositives) Recht . 30

5 Die Rechtspflege 31
5.1 Die Personen der Rechtspflege . . . 31
5.1.1 Der Richter 31
5.1.2 Der Staatsanwalt 33
5.1.3 Der Rechtsanwalt 35
5.1.4 Der Notar 37
5.1.5 Der Patentanwalt 38
5.1.6 Der Rechtspfleger 40
5.1.7 Der Urkundsbeamte 40
5.1.8 Der Gerichtsvollzieher 40
5.2 Die Gerichtsbarkeiten 41
5.2.1 Europäische Gerichtsbarkeit 41
5.2.2 Die Verfassungsgerichtsbarkeit . . . 42
5.2.3 Die ordentliche Gerichtsbarkeit . . . 43
5.2.3.1 Die Zivilgerichtsbarkeit 44
5.2.3.1.1 Die streitige Gerichtsbarkeit 44
5.2.3.1.2 Die freiwillige Gerichtsbarkeit 45
5.2.3.2 Die Strafgerichtsbarkeit 45
5.2.3.3 Besetzung und Zuständigkeit der Zivilgerichte 45
5.2.3.4 Instanzenzug in Zivilsachen 49
5.2.3.5 Besetzung und Zuständigkeit der Strafgerichte 50
5.2.3.6 Zuständigkeit in Bußgeldsachen . . . 53
5.2.4 Die besondere Gerichtsbarkeit 54
5.2.4.1 Die Arbeitsgerichtsbarkeit 54
5.2.4.2 Die Disziplinargerichtsbarkeit 56
5.2.4.3 Die Finanzgerichtsbarkeit 56
5.2.4.4 Die Patentgerichtsbarkeit 57
5.2.4.5 Die Sozialgerichtsbarkeit 57
5.2.4.6 Die Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . 59
5.3 Aufgaben und Übungsfälle 61

Lerngebiet II: Das Mahnverfahren 65

6 Außergerichtliche Mahnung 65
6.1 Das anwaltliche Aufforderungsschreiben 65
6.1.1 Zielsetzung des anwaltlichen Aufforderungsschreibens 65
6.1.1.1 Exkurs: Voraussetzungen des Verzugs 66
6.1.1.2 Folgen des Schuldnerverzugs bei Geldschulden 67
6.1.1.3 Zusammenfassung Voraussetzungen und Folgen des Schuldnerverzugs bei Geldschulden 68
6.1.2 Inhalt des Aufforderungsschreibens 68
6.1.3 Beispiel eines anwaltlichen Aufforderungsschreibens 70
6.1.4 Vergütungsberechnung im Aufforderungsschreiben 72
6.1.4.1 Vergütung des Rechtsanwalts ohne Klageauftrag 72
6.1.4.2 Vergütung des Rechtsanwalts mit Klageauftrag 73
6.2 Gesamtzusammenfassung 73
6.3 Aufgaben und Übungsfälle 74

7 Das gerichtliche Mahnverfahren . . 75
7.1 Zweck des Mahnverfahrens 76
7.2 Zulässigkeit des Verfahrens 76
7.3 Zuständigkeit für das gerichtliche Mahnverfahren 78
7.3.1 Sachliche Zuständigkeit 78
7.3.2 Örtliche Zuständigkeit 78
7.3.3 Funktionelle Zuständigkeit 80
7.4 Der amtliche Formularsatz 80
7.4.1 Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids 81
7.4.2 Ausfüllhinweise zum Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids 81
7.4.3 Erläuterungen und Beispiele 86
7.4.4 Beispiel eines vollständig ausgefüllten Mahnbescheids 107

7.5 Das Verfahren bei Gericht 110
7.5.1 Monierungsschreiben des Gerichts 110
7.5.2 Monierungsantwort des Antragstellers 111
7.5.3 Erlass des Mahnbescheids. 112
7.5.4 Kostenrechnung und Kostenzahlung 113
7.5.4.1 Zahlungsvordrucke 113
7.5.4.2 Kennziffer 113
7.5.4.3 Einzugsermächtigung 113
7.6 Nichtzustellung und Neuzustellung des Mahnbescheids 114
7.6.1 Nichtzustellungsnachricht 114
7.6.2 Antrag auf Neuzustellung eines Mahnbescheids. 114
7.6.3 Weitere Auslagen des Antragstellers 116
7.6.4 Zusammenfassung 117
7.7 Zustellung des Mahnbescheids an den Antragsgegner. 118
7.8 Zusammenfassung 119
7.9 Entscheidungsmöglichkeiten des Antragsgegners. 120
7.10 Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids 120
7.10.1 Ausfüllhinweise 122
7.10.2 Auslagen der Zustellung des Vollstreckungsbescheids 123
7.10.2.1 Antrag auf Zustellung von Amts wegen 123
7.10.2.2 Antrag auf Zustellung im Parteibetrieb 124
7.10.2.3 Zusammenfassung 125
7.10.2.4 Zurückweisung des Antrags 126
7.11 Nichtzustellung und Neuzustellung des Vollstreckungsbescheids 126
7.11.1 Nichtzustellungsnachricht 126
7.11.2 Antrag auf Neuzustellung eines Vollstreckungsbescheids 126
7.11.3 Zusammenfassung 127
7.12 Erlass und Zustellung des Vollstreckungsbescheids 128
7.12.1 Ausfertigungen. 128
7.12.2 Übersendungsschreiben 128
7.12.3 Zusammenfassung 129
7.13 Rechtsbehelfe im Mahnverfahren 130
7.13.1 Widerspruch gegen den Mahnbescheid 130
7.13.2 Form und Frist des Widerspruchs . . 130
7.13.3 Verfahren nach erhobenen Widerspruch 131
7.13.4 Rücknahme des Widerspruchs . . . 132
7.13.5 Zusammenfassung 133
7.13.6 Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid. 134
7.13.7 Zusammenfassung 137
7.14 Gerichtskosten und Rechtsanwaltsvergütung 138
7.14.1 Formale Darstellung der Gerichtskosten 13
7.14.2 Formale Darstellung der Rechtsanwaltsvergütung 139
7.15 Das Urkunden-, Wechsel- und Scheckmahnverfahren. 141
7.15.1 Der Urkunden-(Wechsel- und Scheck-)Mahnbescheid 141
7.15.2 Widerspruch im Urkunden-, Wechsel- und Scheckmahnverfahren 141
7.15.2.1 Uneingeschränkter Widerspruch des Antragsgegners 142
7.15.2.2 Eingeschränkter Widerspruch des Antragsgegners 142
7.15.3 Zusammenfassung 143
7.15.3.1 Vom uneingeschränkten Widerspruch zum Vorbehaltsurteil 143
7.15.3.2 Eingeschränkter Widerspruch und Vorbehaltsvollstreckungsbescheid 144
7.16 Aufgaben und Übungsfälle 145

8 Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids in einer nur maschinell lesbaren Form Fundstelle im Internet: www.online-mahnantrag.de. 150
8.1 Allgemeines 150
8.2 Auswahl des Bundeslandes des Antragstellers. 151
8.3 Versandart 152
8.4 Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids 153
8.4.1 Für wen wird der Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids erfasst?. 153
8.4.2 Prozessbevollmächtigter des Antragstellers 154
8.4.3 Angaben zum Antragsteller 156
8.4.3.1 Erfassen einer natürlichen Person 156
8.4.3.2 Erfassen einer Firma 156
8.4.3.3 Erfassen einer Kennziffer 157
8.4.3.4 Erfassen eines sonstigen Antragstellers 157
8.4.4 Angaben zum Antragsgegner 160
8.4.4.1 Angaben zu Hauptforderung und Zinsen 165
8.4.4.2 Angaben zu Auslagen und Nebenforderungen. 169
8.5 Angaben zum Prozessgericht 172
8.6 Allgemeine Angaben zum Antrag 172
8.7 Übersicht über die erfolgten Eingaben im Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids 174
8.8 Ausdruck über Barcode 177
8.9 Druckausgabe über PDF 177

Lerngebiet III: Das Verfahrensrecht 183

9 Der Zivilprozess. 183
9.1 Die Zuständigkeit der Gerichte . . 185
9.1.1 Die sachliche Zuständigkeit 185
9.1.1.1 Die sachliche Zuständigkeit der Amtsgerichte 185
9.1.1.2 Die sachliche Zuständigkeit der Landgerichte 188
9.1.1.3 Die Berechnung des Streitwertes . 189
9.1.2 Die funktionelle Zuständigkeit . . . 192
9.1.3 Die örtliche Zuständigkeit 193
9.1.3.1 Allgemeiner Gerichtsstand 194

9.1.3.2 Die besonderen Gerichtsstände . . 195
9.1.3.3 Die ausschließlichen Gerichtsstände 198
9.1.3.4 Mehrere Gerichtsstände 199
9.1.3.5 Zuständigkeitsvereinbarungen – Prorogation 200
9.1.3.6 Die Folgen der Unzuständigkeit . . 201
9.2 Die Prozessparteien und ihre Vertreter 201
9.2.1 Die Parteifähigkeit 202
9.2.1.1 Die Parteifähigkeit natürlicher Personen 203
9.2.1.2 Die Parteifähigkeit juristischer Personen 203
9.2.1.3 Die Parteifähigkeit bestimmter Personenvereinigungen 205
9.2.2 Die Prozessfähigkeit. 206
9.2.2.1 Volle Geschäftsfähigkeit und Prozessfähigkeit 206
9.2.2.2 Beschränkte Geschäftsfähigkeit und Prozessfähigkeit 207
9.2.2.3 Geschäftsunfähigkeit und Prozessunfähigkeit 208
9.2.3 Die gesetzlichen Vertreter. 209
9.2.4 Parteiprozess und Anwaltsprozess 210
9.2.5 Die Prozessvollmacht 211
9.2.5.1 Umfang der Prozessvollmacht. . . . 211
9.2.5.2 Beschränkungen der Prozessvollmacht 212
9.3 Die Zustellung 213
9.3.1 Allgemeine Bestimmungen 213
9.3.2 Die Arten der Zustellung 214
9.3.2.1 Die Zustellungen von Amts wegen 214
9.3.2.1.1 Die Zustellung im Ausland gem. § 183 ZPO 223
9.3.2.1.2 Zustellungsbevollmächtigter; Zustellung durch Aufgabe zur Post gem. § 184 ZPO 224
9.3.2.1.3 Öffentliche Zustellung gem. § 185 ZPO 224
9.3.2.1.4 Heilung von Zustellungsmängeln gem. § 189 ZPO 225
9.3.2.2 Die Zustellungen auf Betreiben der Parteien. 225
9.3.2.2.1 Die Zustellung durch Gerichtsvollzieher 225
9.3.2.2.2 Die Zustellung von Anwalt zu Anwalt gem. § 195 ZPO 227
9.4 Die Klage 227
9.4.1 Die Klagearten 228
9.4.1.1 Die Leistungsklage. 228
9.4.1.2 Die Feststellungsklage. 229
9.4.1.3 Die Rechtsgestaltungsklage 230
9.4.2 Die Klageschrift 231
9.4.2.1 Inhalt und Aufbau einer Klageschrift 231
9.4.2.2 Beispiel einer Klageschrift. 240
9.4.3 Aktenzeichen der ordentlichen Gerichte. 242
9.4.4 Die Klagenhäufung 244
9.4.4.1 Objektive Klagenhäufung gem. § 260 ZPO 244
9.4.4.2 Die subjektive Klagenhäufung gem. §§ 59 ff. ZPO 245
9.5 Erhebung und Zustellung der Klage 246
9.5.1 Die Rechtshängigkeit und deren Wirkungen 247
9.5.1.1 Wirkungen, die den Anspruch betreffen (materiell-rechtliche Wirkungen). 247
9.5.1.2 Wirkungen, die das Verfahren betreffen (prozessuale Wirkungen) . . 249
9.5.2 Übersicht. 250
9.6 Gang des erstinstanzlichen Erkenntnisverfahrens 249
9.6.1 Allgemeine Verfahrensgrundsätze 249
9.6.1.1 Grundsatz des rechtlichen Gehörs 251
9.6.1.2 Grundsatz der Mündlichkeit 251
9.6.1.3 Grundsatz der Öffentlichkeit. 252
9.6.1.4 Grundsatz der Verhandlung 252
9.6.2 Die Prozessvoraussetzungen 253
9.6.3 Vorbereitung des Haupttermins . . 255
9.6.3.1 Früher erster Termin 257
9.6.3.2 Das schriftliche Vorverfahren 257
9.6.4 Möglicher Verlauf des Haupttermins 258
9.6.5 Das Sitzungsprotokoll gem. §§ 159 ff. ZPO 260
9.6.6 Das Beweisverfahren 260
9.6.7 Die Beweismittel. 263
9.6.7.1 Sachverständigenbeweis gem. §§ 402 ff. ZPO 264
9.6.7.2 Parteivernehmung gem. §§ 445 ff. ZPO 264
9.6.7.3 Augenschein gem. §§ 371 ff. ZPO 265
9.6.7.4 Urkundenbeweis gem. §§ 415 ff. ZPO 265
9.6.7.5 Zeugenbeweis gem. §§ 373 ff. ZPO 267
9.7 Der Stillstand des Verfahrens. . . . 268
9.8 Der Abschluss des Erkenntnisverfahrens 269
9.8.1 Beendigung des Verfahrens ohne Urteil 269
9.8.1.1 Die Erledigung der Hauptsache gem. § 91a ZPO 269
9.8.1.2 Die Klagerücknahme gem. § 269 ZPO 270
9.8.1.3 Der Prozessvergleich 271
9.8.2 Beendigung des Verfahrens durch Urteil gem. §§ 300 ff. ZPO . 272
9.8.2.1 Urteile auf Grund nichtstreitiger Verhandlung 274
9.8.2.1.1 Anerkenntnis- und Verzichtsurteile 274
9.8.2.1.2 Versäumnisurteil 275
9.8.2.2 Urteile auf Grund streitiger Verhandlung. 275
9.8.2.2.1 End-, Teil- und Schlussurteile. . . . 275
9.8.2.2.2 Zwischenurteile 276
9.8.2.2.3 Grundurteil 276
9.8.2.2.4 Vorbehaltsurteil 277
9.8.3 Die Rechtskraft der Urteile 277
9.8.4 Möglichkeiten der Urteilsberichtigung und Urteilsergänzung 278
9.9 Aufgaben und Übungsfälle 280

10 Abweichungen im Verfahrensablauf 288
10.1 Das Versäumnisverfahren 288
10.1.1 Das Versäumnisurteil 289
10.1.1.1 Versäumnisurteil bei Säumnis des Beklagten 290
10.1.1.2 Versäumnisurteil bei Säumnis des Klägers 292
10.1.2 Einspruch gegen das Versäumnisurteil gem. §§ 338 ff. ZPO 292
10.1.2.1 Muster einer Einspruchsschrift . . . 293
10.1.2.2 Begründung des Einspruchs 294
10.1.2.3 Prüfung des Einspruchs 294
10.1.3 Zweites Versäumnisurteil 296
10.2 Die Entscheidung nach Lage der Akten 296
10.3 Das schriftliche Verfahren 297
10.4 Das selbstständige Beweisverfahren 298
10.5 Aufgaben und Übungsfälle 300

11 Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Zivilprozess 301
11.1 Allgemeines 301
11.2 Die Rechtsbehelfe 302
11.3 Die Rechtsmittel 302
11.3.1 Die Berufung gem. §§ 511 ff. ZPO 305
11.3.1.1 Statthaftigkeit der Berufung 305
11.3.1.2 Berufungsfrist 306
11.3.1.3 Berufungsschrift 307
11.3.1.4 Muster einer Berufungsschrift 308
11.3.1.5 Berufungsbegründungsschrift 309
11.3.1.6 Entscheidungen des Gerichts im Berufungsverfahren 309
11.3.1.6.1 Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . 309
11.3.1.6.2 Zurückweisung der Berufung 310
11.3.1.6.3 Terminsbestimmung 310
11.3.1.6.4 Verfahren vor dem Berufungsgericht 310
11.3.1.6.5 Kostenentscheidung 313
11.3.1.6.6 Rücknahme der Berufung 313
11.3.1.7 Anschlussberufung 314
11.3.1.7.1 Form und Frist der Anschlussberufung 315
11.3.1.7.2 Wegfall der Wirkung der Anschlussberufung 316
11.3.1.8 Versäumnisverfahren in der Berufungsinstanz 316
11.3.2 Die Revision gem. §§ 542 ff. ZPO . 316
11.3.2.1 Statthaftigkeit der Revision 316
11.3.2.2 Revisionsfrist 318
11.3.2.3 Revisionsschrift 318
11.3.2.4 Revisionsbegründungsschrift 319
11.3.2.5 Entscheidungen des Gerichts im Revisionsverfahren 319
11.3.2.6 Die Sprungrevision gem. § 566 ZPO 321
11.3.3 Die sofortige Beschwerde gem. §§ 567 ff. ZPO 321
11.3.3.1 Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde 321
11.3.3.2 Die Einlegung der sofortigen Beschwerde 322
11.3.3.3 Die Anschlussbeschwerde 323
11.3.3.4 Die Entscheidungen des Gerichts im Beschwerdeverfahren 323
11.3.4 Die Erinnerung 324
11.3.5 Die Rechtsbeschwerde 325
11.4 Änderung und Beseitigung rechtskräftiger Urteile 328
11.4.1 Die Abänderungsklage gem. § 323 ZPO 328
11.4.2 Die Wiederaufnahme des Verfahrens gem. §§ 578 ff. ZPO . . 329
11.5 Aufgaben und Übungsfälle 331

12 Termine 333

13 Fristen 335
13.1 Eigentliche Fristen 335
13.1.1 Gesetzliche Fristen 336
13.1.1.1 Notfristen 336
13.1.1.2 Sonstige gesetzliche Fristen 337
13.1.2 Richterliche Fristen 338
13.2 Uneigentliche Fristen 338
13.3 Zusammenfassung 339
13.4 Die Regeln für die Berechnung der Fristen 340
13.4.1 Beginn, Laufzeit und Ende der Fristen 340
13.4.2 Zusammenfassung 346
13.4.3 Wiederholungsaufgaben 347
13.4.4 Antrag auf Fristverlängerung 348
13.5 Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 350
13.5.1 Die Voraussetzungen der Wiedereinsetzung 350
13.5.1.1 Wiedereinsetzungsgründe 351
13.5.1.2 Der Wiedereinsetzungsantrag, Frist und Form 351
13.5.2 Beispiel einer Wiedereinsetzungsschrift 354
13.6 Exkurs: Rechtsmittel und Fristen in Strafsachen und anderen Verfahren 356
13.6.1 Rechtsmittel und Fristen nach der Strafprozessordnung (StPO) . . 356
13.6.2 Rechtsbehelf gegen den Strafbefehl 361
13.6.3 Strafantragsfrist nach Strafgesetzbuch (StGB) 361
13.6.4 Rechtsbehelf gegen den Bußgeldbescheid 362
13.7 Übungsaufgaben zur Fristenberechnung in Zivilsachen 362
13.8 Übungsaufgaben zur Fristenberechnung in Strafsachen und anderen Verfahren 366
13.9 Anhang: Anzuwendender Kalender zur Lösung der Übungsaufgaben . . 367

14 Besonderheiten ausgewählter Verfahrensarten . . . 368
14.1 Der Urkundenprozess 369
14.2 Der Wechselprozess 372
14.3 Der Scheckprozess 372
14.4 Das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) 372

14.4.1 Systematik des FamFG 372
14.4.2 Sachliche Zuständigkeit 373
14.4.2.1 Das Amtsgericht 373
14.4.2.2 Das Landgericht als Beschwerdegericht. 373
14.4.2.3 Das Oberlandesgericht als Beschwerdegericht. 374
14.4.2.4 Der Bundesgerichtshof als Gericht der Rechtsbeschwerde . . . 374
14.4.3 Funktionelle Zuständigkeit 374
14.4.4 Örtliche Zuständigkeit. 374
14.4.5 Beteiligte, Beteiligtenfähigkeit und Verfahrensfähigkeit 375
14.4.5.1 Beteiligte 375
14.4.5.2 Beteiligtenfähigkeit 376
14.4.5.3 Verfahrensfähigkeit 376
14.4.6 Bevollmächtigte, Verfahrensvollmacht, Beistand 377
14.4.6.1 Bevollmächtigte 377
14.4.6.2 Verfahrensvollmacht 377
14.4.6.3 Beistand. 378
14.4.7 Akteneinsicht 378
14.4.8 Bekanntgabe von Entscheidungen 379
14.5 Familiensachen und Familienstreitsachen. 379
14.5.1 Familiensachen. 379
14.5.2 Familienstreitsachen 380
14.5.3 Besonderheiten in Ehesachen und Familienstreitsachen. 380
14.5.4 Zwangsvollstreckung und Kostentragung 381
14.5.5 Rechtsmittel 381
14.5.5.1 Die Beschwerde gem. §§ 58 ff. FamFG. 381
14.5.5.2 Die Rechtsbeschwerde gem. §§ 70 ff. FamFG. 382
14.6 Verfahren in Ehesachen gem. §§ 121 ff. FamFG. 382
14.6.1 Örtliche Zuständigkeit. 382
14.6.2 Vertretung durch einen Rechtsanwalt. 383
14.7 Verfahren in Scheidungs- und Folgesachen 383
14.8 Verfahren in Kindschaftssachen. . 384
14.8.1 Örtliche Zuständigkeit. 384
14.8.2 Vorrang und Beschleunigungsgebot 385
14.8.3 Einvernehmliche Lösung 385
14.8.4 Verfahrensbeistand und persönliche Anhörung des Kindes. 385
14.9 Abstammungssachen 386
14.10 Adoptionssachen 386
14.11 Verfahren in Ehewohnungs- und Haushaltssachen 387
14.12 Verfahren in Unterhaltssachen . . 388
14.13 Die Beratungshilfe. 389
14.13.1 Voraussetzungen der Beratungshilfe 389
14.13.2 Umfang der Beratungshilfe 389
14.13.3 Durchführung der Beratungshilfe 390
14.14 Die Prozesskostenhilfe 390
14.14.1 Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe 390
14.14.1.1 Die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse 390
14.14.1.2 Die Erfolgsaussichten der Klage . . 391
14.14.1.3 Der Antrag auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe 391
14.14.2 Das Bewilligungsverfahren 392
14.14.3 Die Wirkung der Bewilligung 392
14.14.4 Aufhebung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe. 393
14.15 Aufgaben und Übungsfälle 393

15 Die Arbeitsgerichtsbarkeit 395
15.1 Allgemeines 395
15.2 Verfahrensgrundsätze im Arbeitsgerichtsprozess 396
15.2.1 Der Beschleunigungsgrundsatz . . 396
15.2.2 Parteifähigkeit 396
15.2.3 Die Prozessfähigkeit. 396
15.3 Prozesskostenhilfe. 396
15.4 Besondere Verfahrensvorschriften für das Urteilsverfahren 396
15.5 Besondere Verfahrensvorschriften für das Beschlussverfahren. 398
15.6 Rechtsmittel im Arbeitsgerichtsverfahren 398
15.6.1 Rechtsmittel im Urteilsverfahren . 398
15.6.1.1 Die Berufung. 398
15.6.1.2 Die Revision 399
15.6.2 Rechtsmittel im Beschlussverfahren 399
15.7 Das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren 400
15.8 Aufgaben und Übungsfälle 400

16 Exkurs: Die freiwillige Gerichtsbarkeit . . 401
16.1 Allgemeine Vorschriften der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 402
16.1.1 Aufgaben und gesetzliche Grundlagen. 402
16.1.2 Organe der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 402
16.1.3 Die Beteiligten 403
16.2 Das Verfahren im Einzelnen. 403
16.2.1 Verfahrensgrundsätze 403
16.2.2 Zuständigkeiten in der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 404
16.2 3 Arten der Entscheidungen in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 405
16.2.4 Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Amts- und Landgerichte. 405
16.2.4.1 Die Beschwerde 405
16.2.4.2 Die Rechtsbeschwerde. 406
16.3 Übersicht über ausgewählte Verfahrensarten. 407
16.3.1 Buch 3: Verfahren in Betreuungs- und Unterbringungssachen 407
16.3.2 Buch 4: Verfahren in Nachlass- und Teilungssachen 408
16.3.3 Buch 5: Verfahren in Registersachen, unternehmensrechtliche Verfahren 408
16.3.4 Beurkundungssachen 409
16.3.4.1 Materiell-rechtliche Vorschriften . 409
16.3.4.2 Formell-verfahrensrechtliche Bestimmungen 411
16.4 Aufgaben und Übungsfälle 412

Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung . . . 413

17 Allgemeine Vorschriften 414

18 Überblick über die Arten der Zwangsvollstreckung 416
18.1 Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen 416
18.1.1 Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen gem. §§ 803 bis 807 ZPO 416
18.1.2 Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen gem. §§ 864 bis 871 ZPO und ZVG 416
18.2 Die Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche gem. §§ 883 bis 898 ZPO 417
18.3 Aufgaben und Übungsfälle 418

19 Die Organe der Zwangsvollstreckung 419
19.1 Der Gerichtsvollzieher 419
19.2 Das Vollstreckungsgericht 422
19.3 Das Prozessgericht 424
19.4 Das Grundbuchamt 426
19.5 Aufgaben und Übungsfälle 426

20 Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung 428

21 Zur Zwangsvollstreckung geeignete Titel 429
21.1 Die Urteile 429
21.1.1 Die Rechtskraft der Urteile 430
21.1.2 Die vorläufige Vollstreckbarkeit von Urteilen . . . 433
21.1.2.1 Die vorläufige Vollstreckbarkeit ohne Sicherheitsleistung 433
21.1.2.2 Die vorläufige Vollstreckbarkeit gegen Sicherheitsleistung 436
21.1.3 Die Sicherungsvollstreckung gem. § 720 a ZPO 440
21.2 Prozessvergleiche und außergerichtliche Rechtsanwaltsvergleiche 440
21.3 Kostenfestsetzungsbeschlüsse . . . 441
21.4 Einstweilige Anordnungen im Eheverfahren 442
21.5 Vollstreckungsbescheide 443
21.6 Vollstreckbare notarielle Urkunde mit Unterwerfungsklausel 443
21.7 Arrestbefehle und einstweilige Verfügungen 443
21.8 Aufgaben und Übungsfälle 444

22 Die Vollstreckungsklausel 446
22.1 Die Erteilung der Vollstreckungsklausel 446
22.2 Die Umschreibung der Vollstreckungsklausel 447
22.3 Rechtsbehelfe im Klauselverfahren 448
22.3.1 Rechtsbehelfe des Gläubigers 448
22.3.2 Rechtsbehelfe des Schuldners 448
22.4 Aufgaben und Übungsfälle 450

23 Die Zustellung 451
23.1 Allgemeines 451
23.2 Ausnahmen 451
23.3 Arten und Grundsätze der Zustellung 451
23.3.1 Die Zustellung von Amts wegen . . 451
23.3.2 Die Zustellung im Parteibetrieb . . 451
23.3.3 Besondere Wartefristen 452
23.4 Aufgaben und Übungsfälle 454

24 Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen 455
24.1 Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners 455
24.1.1 Das Vollstreckungsorgan 456
24.1.2 Der Zwangsvollstreckungsauftrag 456
24.1.3 Weg und Durchführung der Zwangsvollstreckung 457
24.1.3.1 Zustellung des Vollstreckungstitels 457
24.1.3.2 Aufforderung des Schuldners zur Zahlung 459
24.1.3.3 Auf Zahlungsverweigerung erfolgt Sachpfändung 459
24.1.3.4 Die Pfändung hat eine doppelte Wirkung 461
24.1.3.5 Pfändbare Sachen 461
24.1.3.6 Keine Prüfung der Eigentumsverhältnisse 462
24.1.3.7 Durchsuchungserlaubnis der Wohnung des Schuldners 463
24.1.3.8 Die gütliche Erledigung nach § 802 b ZPO 465
24.1.3.9 Pfändungsprotokoll 466
24.1.4 Pfändungsbeschränkungen 466
24.1.4.1 Das Verbot der Überpfändung . . . 466
24.1.4.2 Das Gebot der Nachpfändung . . . 466
24.1.4.3 Pfändung von Früchten auf dem Halm gem. § 810 ZPO 467
24.1.4.4 Pfändung von Hausrat gem. § 812 ZPO 467
24.1.4.5 Unpfändbare und unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Sachen gem. § 811 ZPO 467
24.1.5 Verordnung über Formulare für die Zwangsvollstreckung 468
24.1.5.1 Antrag auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung 469
24.1.5.2 Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses . . . 470
24.1.5.3 Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Unterhaltsforderungen . . . 471
24.1.6 Besondere Arten der Pfändung . . . 472
24.1.6.1 Die Austauschpfändung gem. § 811a ZPO 472
24.1.6.2 Die Vorwegpfändung 477
24.1.6.3 Die Anschlusspfändung 478
24.1.6.4 Die Pfändung zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen 480
24.1.6.5 Strafrechtlicher Schutz der Pfändung 482
24.1.7 Die Verwertung der Pfandsache . . 482
24.1.7.1 Die öffentliche Versteigerung 482

24.1.7.2 Die besonderen Arten der Verwertung 485
24.1.7.3 Die Aussetzung der Verwertung. . 487
24.1.7.4 Die Verteilung des Versteigerungserlöses 489
24.2 Die Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte 490
24.2.1 Die Zwangsvollstreckung in Geldforderungen 491
24.2.1.1 Der Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses 492
24.2.1.2 Der Erlass des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses . . . 496
24.2.1.3 Stellung und Auskunftspflicht des Drittschuldners 501
24.2.1.4 Die Vorpfändung gem. § 845 ZPO 503
24.2.1.5 Die Pfändung von Arbeitseinkommen 508
24.2.2 Die Zwangsvollstreckung in besondere Vermögenswerte . . 520
24.2.2.1 Die Zwangsvollstreckung in Herausgabeansprüche. 520
24.2.2.2 Die Zwangsvollstreckung in Sparguthaben. 522
24.2.2.3 Die Zwangsvollstreckung in Kontokorrentguthaben 522
24.2.2.4 Die Zwangsvollstreckung in Ansprüche aus Wertpapieren . . 523
24.2.2.5 Die Zwangsvollstreckung in andere Vermögensrechte 524
24.3 Das Verteilungsverfahren. 524
24.4 Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. . 525
24.4.1 Gegenstand der Liegenschaftsvollstreckung . . 525
24.4.2 Die Arten der Vollstreckung 526
24.4.2.1 Die Sicherungshypothek 527
24.4.2.2 Die Zwangsverwaltung 530
24.4.2.3 Die Zwangsversteigerung 533
24.5 Aufgaben und Übungsfälle 537

25 Die Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche gem. §§ 883 bis 898 ZPO 545
25.1 Herausgabe- und Räumungsansprüche 545
25.1.1 Die Herausgabe beweglicher Sachen beim Schuldner (§§ 883, 884 ZPO) 545
25.1.2 Die Räumung und Herausgabe unbeweglicher Sachen (§ 885 ZPO) 546
25.1.3 Räumung oder Herausgabe von Sachen im Gewahrsam eines Dritten (§ 886 ZPO) 547
25.2 Die Zwangsvollstreckung wegen Vornahme von Handlungen (§§ 887, 888 ZPO) 549
25.2.1 Die Zwangsvollstreckung wegen vertretbarer Handlungen (§ 887 ZPO) 549
25.2.2 Die Zwangsvollstreckung wegen nicht vertretbarer Handlungen (§ 888 ZPO) 552
25.3 Die Zwangsvollstreckung wegen Duldungen oder Unterlassungen 553
25.4 Die Zwangsvollstreckung wegen Abgabe einer Willenserklärung. . 555
25.5 Aufgaben und Übungsfälle 555

26 Die Vermögensauskunft des Schuldners gem. § 802 c ZPO 556
26.1 Das Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft des Schuldners 557
26.2 Zuständigkeit 557
26.3 Das Verfahren zur Abgabe der Vermögensauskunft und der eidesstattlichen Versicherung . . . 558
26.3.1 Der Auftrag zur Abnahme der Vermögensauskunft und der eidesstattlichen Versicherung 558
26.3.2 Der Verlauf des Termins 561
26.4 Haftbefehl und Verhaftung. 565
26.5 Das Schuldnerverzeichnis. 568
26.6 Aufgaben und Übungsfälle 569

27 Die Einwendungen gegen die Zwangsvollstreckung 570
27.1 Die Erinnerung gem. § 766 ZPO . 570
27.2 Die sofortige Beschwerde gem. § 793 ZPO 574
27.3 Die Vollstreckungsabwehrklage gem. § 767 ZPO 576
27.4 Die Drittwiderspruchsklage gem. § 771 ZPO 580
27.5 Exkurs: Die Klage auf vorzugsweise Befriedigung gem. § 805 ZPO 585
27.6 Die Einstellung der Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher. . . . 587
27.7 Aufgaben und Übungsfälle 588

28 Der Arrest und die einstweilige Verfügung. 590
28.1 Der Arrest. 590
28.1.1 Die Arten des Arrestes 591
28.1.1.1 Der dingliche Arrest. 591
28.1.1.2 Der persönliche Sicherheitsarrest . 591
28.1.2 Das Arrestverfahren 592
28.1.2.1 Die Anordnung des Arrestes 592
28.1.2.2 Die Vollziehung des Arrestes 593
28.2 Die einstweilige Verfügung 596
28.2.1 Die Arten der einstweiligen Verfügung 596
28.2.2 Die Besonderheiten des Verfahrens 597
28.3 Schadensersatzpflicht 597
28.4 Aufgaben und Übungsfälle 599

29 Das Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG). 601

Stichwortverzeichnis 603

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AG	Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
BAG	Bundesarbeitsgericht
BerHG	Beratungshilfegesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BSG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVG	Bundesverwaltungsgericht
DBP	Deutsches Bundespatent
d. h.	das heißt
DONot	Dienstordnung für Notare
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DR-Nr.	Dienstregister-Nummer
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EV	Eidesstattliche Versicherung
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamGKG	Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz
gg.	gegen
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

GV	Gerichtsvollzieher
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGA	Gerichtsvollziehergeschäftsanweisung
GVKostG	Gesetz über die Kosten der Gerichtsvollzieher
HGB	Handelsgesetzbuch
i. d. R.	in der Regel
InsO	Insolvenzordnung
i. V. m.	in Verbindung mit
JGG	Jugendgerichtsgesetz
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KostO	Kostenordnung
Kost.-Verz.	Kostenverzeichnis
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KV	Kostenverzeichnis
LArbG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LSG	Landessozialgericht
MAGM	Maschinelles gerichtliches Mahnverfahren
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über die Ordnungswidrigkeiten
PatAnwO	Patentanwaltsordnung
Pbv	Prozessbevollmächtigter
PfÜB	Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
RA	Rechtsanwalt
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RdNr	Randnummer
RPfl	Rechtspfleger
RPflG	Rechtspflegergesetz
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Satz/Seite
ScheckG	Scheckgesetz
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StVG	Straßenverkehrsgesetz

usw.	und so weiter
V	Verkündung
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VV	Vergütungsverzeichnis
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WG	Wechselgesetz
Z	Zustellung
z. B.	zum Beispiel
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVFV	Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
zz.	zurzeit

Lerngebiet I: Recht

Lernziele

Kapitel 1 bis 5: Rechtspflege

Wenn Sie die entsprechenden Kapitel durchgearbeitet haben, können Sie

- die Aufgaben des Rechts erläutern,
- jeweils anhand eines Beispiels Rechtssubjekte von Rechtsobjekten unterscheiden,
- den Unterschied zwischen dem subjektiven und dem objektiven Recht erklären,
- ihren Mitschülerinnen und Mitschülern die Symbole der Göttin Justitia erläutern,
- die Notwendigkeit der Gewaltenteilung erklären,
- die gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt unterscheiden,
- Beispiele für die horizontale und vertikale Gewaltenteilung angeben,
- anhand von selbst gewählten Beispielen Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen voneinander unterscheiden,
- erklären, was unter Privatrecht und öffentlichem Recht verstanden wird,
- gesetzliche Bestimmungen des materiellen und formellen Rechts nennen,
- Inhalte und Folgerungen des zwingenden und nachgiebigen Rechts erläutern,
- die Personen der Rechtspflege bestimmen,
- die Funktionen (Aufgaben) des Richters, Staatsanwalts, Rechtsanwalts, Notars, Rechtspflegers, Urkundsbeamten der Geschäftsstelle und des Gerichtsvollziehers beschreiben,
- angeben, für welche Streitigkeiten der Europäische Gerichtshof zuständig ist,
- die Verfassungsgerichtsbarkeit als Hüterin der Verfassungen erklären,
- den Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit erläutern,
- den Verhandlungsgrundsatz vom Untersuchungsgrundsatz unterscheiden,
- einige selbst gewählte Beispiele der streitigen und der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuordnen,
- die Besetzung und Zuständigkeit der Zivil- und Strafgerichte erläutern,
- den Instanzenzug in Zivilsachen, Strafsachen und Bußgeldsachen nennen,
- anhand selbst gewählter Beispiele erklären, in welchen Sachen
  – die Arbeitsgerichtsbarkeit,
  – die Finanzgerichtsbarkeit,
  – die Sozialgerichtsbarkeit,
  – die Verwaltungsgerichtsbarkeit
  entscheidet,
- die Instanzenzüge der besonderen Gerichtsbarkeit nennen.

1 Einführung in das Recht

1.1 Begriff und Wesen des Rechts

Das **Recht** hat die Aufgabe, das **Zusammenleben der Menschen** in der staatlichen Gemeinschaft durch verlässliche **Regeln** zu **ermöglichen** und damit den **Rechtsfrieden** zu wahren.

Diese Regeln existieren als Gebote (du sollst), als Gewährungen (du kannst) und als Verbote (du darfst nicht).

Beispiele

- **Gebote (du sollst!)**

  § 5 Abs. 1 StVO
  Art. 29 Abs. 1 ScheckG
  § 535 BGB

- **Gewährungen (du kannst!)**

  Art. 2 Abs. 1 GG
  Art. 12 GG
  § 903 S. 1 BGB

- **Verbote (du darfst nicht!)**

  § 12 Abs. 1 StVO
  § 136a StPO
  § 829 Abs. 1 ZPO

1.1.1 Die Sittlichkeit

Während das Recht grundsätzlich nur auf das äußere Verhalten des Menschen abzielt, strebt die **Sittlichkeit** (Moral, Ethik) die Ordnung menschlichen Zusammenlebens durch ein **inneres Verhalten** an, das die Moral und letztlich das **Gewissen** vorgeben.

Die Sittlichkeit kennt zwar **keine Erzwingbarkeit** ihrer Normen, verlangt von den Menschen aber mehr als das Recht.

Beispiel

- Gem. § 1601 BGB sind Verwandte in gerader Linie (das sind Eltern und Kinder) verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren. Diese Vorschrift gilt nicht für Kinder untereinander.

  Dass ein steinreicher Bruder seinen unverschuldet in wirtschaftliche Not geratenen Bruder unterstützt, verlangt nicht das BGB, sondern die Sittlichkeit (Gewissen).

1.1.2 Die Sitte

Die **Sitte** will mit ihren Regeln das **Zusammenleben** der Menschen **überschaubarer** und **angenehmer** gestalten. Sie verlangt, wie das Recht, ein bestimmtes **äußeres Verhalten** ohne rechtlich verbindlich und erzwingbar zu sein.

Beispiele

- Sie tragen saubere Kleidung in der Schule und in der Kanzlei.
- Sie sind höflich und korrekt.

Merken Sie sich bitte:

- Wenn wir uns **nicht** an die **Gebräuche oder Anstandsregeln halten**, müssen wir nicht mit Strafe, sondern eher mit Verachtung und Ausgrenzung rechnen **(die Menschen rümpfen die Nase)**.

1.1.3 Änderungen des Rechts

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich die Ansichten, was **Recht** ist, gewandelt. So war es beispielsweise früher nicht unüblich, dass die Arbeitnehmer Kohlen und sonstige Feuerungsmittel mit ins Büro bringen mussten, damit das Arbeiten im Winter einigermaßen erträglich war. Die damaligen Lehrlinge mussten ihrem Lehrherrn noch das Lehrgeld für ihre eigene Ausbildung zahlen.

Beispiel

- Mit der Erfindung des Computers oder der Landung auf dem Mond mussten Regeln geschaffen werden, die die missbräuchliche Nutzung dieser Erfindungen verbieten und unter Strafe stellen.

Merken Sie sich bitte:

- Unser **Recht** ist kein für alle Zeiten festgelegtes Recht, sondern **wird** den Erfordernissen der Wirtschaft und der Kultur **angepasst.**

1.1.4 Rechtssubjekt – Rechtsobjekt

Das **Rechtssubjekt** ist immer eine natürliche oder eine juristische **Person** (Frage WER?), an die sich die Rechtsnorm richtet.

Beispiele

- Natürliche Personen sind alle Menschen (Sie und ich).
- Juristische Personen sind Personenvereinigungen oder Vermögensmassen (AG, GmbH, die Stadt Ulm, die Rechtsanwaltskammer).

Das **Rechtsobjekt** ist immer eine **Sache** oder ein nichtkörperlicher Gegenstand (Frage WEN oder WAS?), auf den sich das Recht des Rechtssubjekts bezieht.

Beispiele

- Kleider, Schuhe, Haus, Schreibtisch

1.1.5 Rechtsnormen

Rechtsnormen (normativ = richtungsweisend) oder Rechtssätze sind **Regelungen in Gesetzen,** die für eine Vielzahl von Menschen der Gesellschaft verbindlich sind.

Durch diese Vorschriften und Regelungen wird ein bestimmtes äußeres Verhalten der betroffenen Menschen erwartet.

Beispiele

- § 823 BGB Schadensersatzpflicht
- § 1239 Abs. 1 BGB Mitbieten durch Gläubiger und Eigentümer

1.2 Die Rechtsordnung des Staates

1.2.1 Das objektive Recht

Unter dem **objektiven Recht** ist die **Gesamtheit aller geltenden Rechtssätze,** Vorschriften und Regeln eines Staates zu verstehen, die für **alle** gleichermaßen **Gültigkeit** haben. Hier werden z. B. die rechtlichen Beziehungen der Menschen untereinander oder die Beziehungen der Bürger zum Staat geregelt.

Beispiele

- BGB, HGB regeln die Beziehungen der Bürger untereinander.
- GG, StGB regeln die Beziehungen zwischen Bürger und Staat.

1.2.2 Das subjektive Recht

Das **subjektive Recht (Berechtigung)** gewährt dem **einzelnen Menschen** rechtliche Befugnisse für sein Tun oder Unterlassen.

Beispiele

- Der Käufer kann vom Verkäufer auf Grund eines abgeschlossenen Kaufvertrages gem. § 433 Abs. 1 BGB die Übergabe der gekauften Sache und die Eigentumsübertragung verlangen.
- Wenn Sie am Kiosk eine Zeitung kaufen, können Sie diese lesen und dann in einen Altpapiercontainer werfen; Sie können die Zeitung aber auch ungelesen verschenken oder zum Einpacken verwenden.

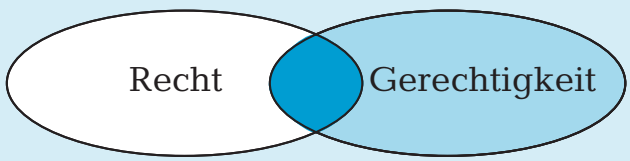
Sobald Sie also Eigentümer der gekauften Sache geworden sind, können Sie mit dieser Sache im Rahmen des Art. 14 GG und § 903 BGB nach Belieben verfahren.

1.3 Recht und Gerechtigkeit

Rechtsvorschriften sollen die **zwischenmenschlichen Beziehungen regeln.** Nun kann es aber vorkommen, dass eine Straße nicht gebaut werden kann, weil einige Grundstückseigentümer ihre Grundstücke, die zum Bau der Straße notwendig sind, nicht zur Verfügung stellen. Sie wollen diese Straße nicht. Für die Allgemeinheit ist aber der Bau der Straße wichtig.

Wenn nun die Eigentümer enteignet werden und die Straße doch gebaut wird, so werden diese Bürger die gerichtliche Entscheidung als **„ungerecht“** empfinden. Die Allgemeinheit wird jedoch dieser Entscheidung dankbar zustimmen.

Hier wird deutlich, wie schwierig es ist, **Recht und Gerechtigkeit** in völlige Übereinstimmung zu bringen.



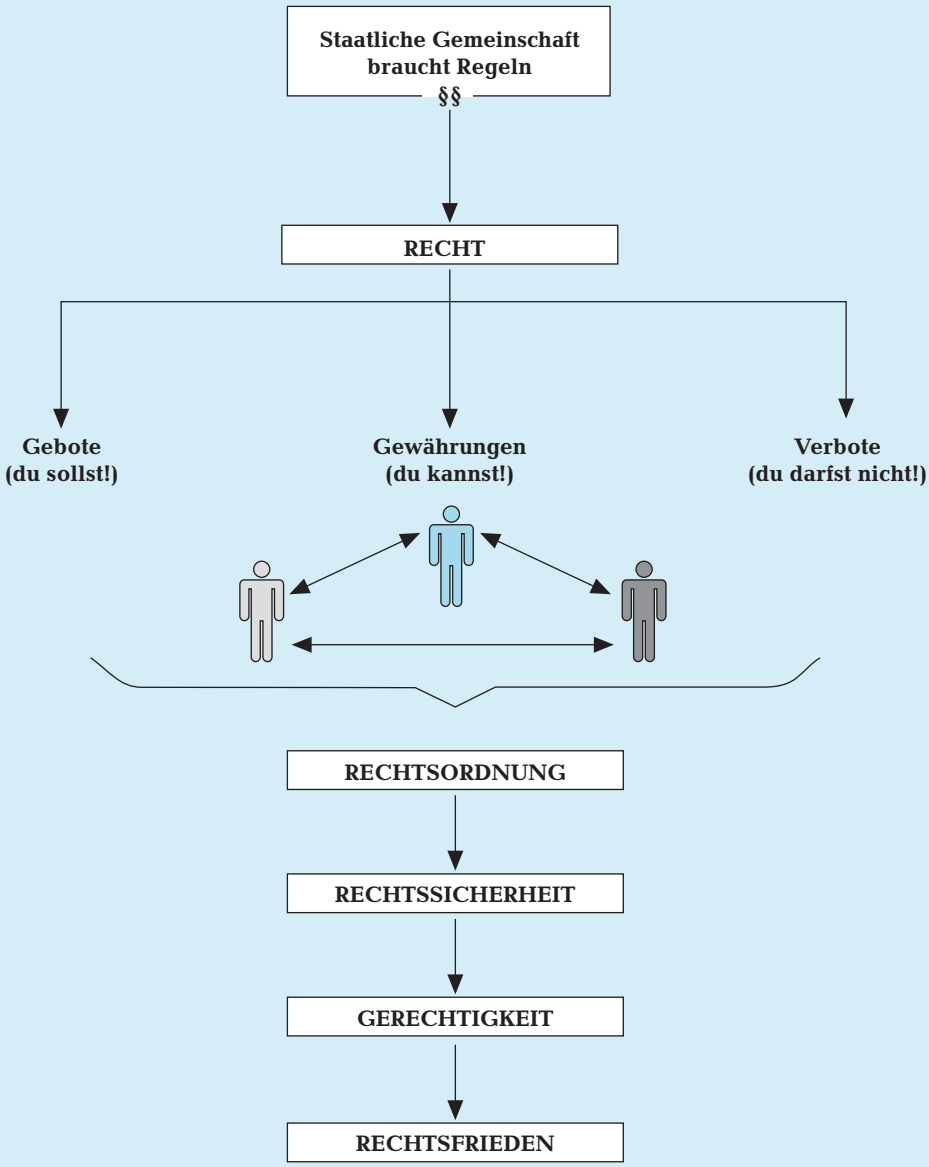
Merken Sie sich bitte:

- **Recht** ist immer der **Wille zur Gerechtigkeit. Gerechtigkeit** heißt, dass **alle Bürger** am **gleichen Maß gemessen** werden sollen. **Ohne Ansehen der Person** soll gerichtet werden.

Die Gerechtigkeit wird durch die Göttin **Justitia** oder **Gerechtigkeitsgöttin** symbolisiert:

Augenbinde	=	Gleichbehandeln (neutral, objektiv, unparteiisch)
Schwert	=	Durchsetzung des Rechts
Waage	=	Abwägen zwischen Recht und Unrecht

Merken Sie sich bitte:

- **Recht** = **Ordnung menschlichen Zusammenlebens** durch **Gebote**, **Gewährungen** und **Verbote**.
- **Sitte** = das unter **Menschen übliche Verhalten** ohne rechtlichen Anspruch.
- **Moral** = richtet sich an die **Gesinnung des Menschen** ohne äußerlichen Zwang.

Zusammenfassung